

## Frankfurter Rundschau

Die Frankfurter Rundschau erscheint im Verlag der Frankfurter Rundschau GmbH.

Chefredaktion: Thomas Kaspar, Michael Bayer (Stellv.), Karin Dalka (Stellv.)

Ressortleitungen:

Politik: Peter Rutkowski (Stellv.)

Meinung: Andreas Schwarzkopf

Wirtschaft: Tobias Schwab

Panorama: Boris Halva

Magazin/FRT: Tanja Kokoska

Sport: Jörg Hanau

Feuilleton: Sandra Danicke

Frankfurt & Rhein-Main:

Stefan Kuhn, Georg Leppert (Stellv.)

Chef vom Dienst:

Stefan Affentranger

Leitende Redakteure: Lutz Fischer,

Peter Hanack, Pitt von Bebenburg,

Jan-Christian Müller

Redaktion und Verlag: Frankenallee 71-81,

60327 Frankfurt am Main, Tel. 069/2199-1

(zugleich auch ladungsfähige Anschrift für die

im Impressum genannten Verantwortlichen

und Vertretungsberechtigten)

Internet: www.fr.de

Geschäftsführer: Dr. Max Rempel

Anzeigen:

Achim Pflüger, RheinMainMedia GmbH,

Frankenallee 71-81, 60327 Frankfurt am Main,

Telefon (069) 7501 - 3336,

Fax (069) 7501 - 3337.

RMM-Anzeigenpreisliste Nr. 26a, gültig

vom 1. Juni 2021 an.

Erscheint täglich außer sonntags- und feiertags.

Druck: Frankfurter Societäts-Druckerei

GmbH & Co. KG,

Kurhessenstr. 4-6, 64546 Mörfelden-Walldorf.

Vertrieb:

Monatsbezugspreis: 55,95 Euro; E-Paper /

FR+: 36,95 Euro; ermäßigter Bezugspreis für

Studierende und Auszubildende (gegen Vorlage

einer Bescheinigung): 29,95 Euro;

Alle Preise inkl. der jeweils gültigen Umsatz-

steuer. Zur Auslieferung des Abonnementes

werden, soweit erforderlich, Abonnementdaten

an spezielle Dienstleistungsunternehmen

und Zustellpartner weitergegeben. Bei

Nichtlieferung ohne Verschulden des Verlages

oder infolge höherer Gewalt keine Entschädigung.

Für unverlangte Einsendungen

übernehmen wir keine Verantwortung.

Bankverbindung:

Frankfurter Volksbank,

IBAN: DE51 5019 0000 6000 1515 89

BIC: FVBDF333

Verleger bis 1973: Karl Gerold.

© Alle Rechte vorbehalten.

Frankfurter Rundschau GmbH.

Es ist nicht gestattet, die Inhalte zu vervielfältigen,

zu ändern, zu verbreiten, dauerhaft zu speichern

oder nachzudrucken. Insbesondere dürfen die Inhalte nicht zum Aufbau einer

Datenbank verwendet oder an Dritte weitergegeben

werden. Vervielfältigungs- und Nutzungsrechte können unter

nutzungsrechte@mediengruppe-frankfurt.de

erworben werden.

## Die FR im Digitalpaket.



Informieren Sie sich unter:

fr-digital.de

Frankfurter Rundschau

# Draghi räumt radikal auf

Italiens Premier zerlegt zwei zentrale Projekte der populistischen Vorgängerregierung

VON DOMINIK STRAUB

Über dreißig Milliarden Euro haben zwei Wahlgeschenke den hochverschuldeten italienischen Staat seit ihrer Einführung bisher gekostet, Tendenz weiterhin steigend: Etwa elf Milliarden Euro gehen dabei auf das Konto der massiven Senkung des Renteneintrittsalters, das der damalige Innenminister, Lega-Chef Matteo Salvini, während der kurzen Ära der Populistenregierung durchgeboxt hatte. Weitere 20 Milliarden Euro gab der italienische Staat für das Bürgerinkommen aus, das ein zentrales Anliegen der Fünf-Sterne-Bewegung gewesen war.

Trotz der enormen Kosten haben beide Vorhaben nicht Wort gehalten: Die Senkung des Renteneintrittsalters hat die Beschäftigung in Italien nicht erhöht, sondern gesenkt. Und mit dem Bürgergeld ist keineswegs „die Armut abgeschafft“ worden, wie die „Grillini“ dies hinausposaunt hatten. Das Bürgergeld war, wie die Senkung des Renteneintrittsalters, auch nicht geeignet, Arbeitslosen wieder zu einer Stelle zu verhelfen. Vielmehr ist damit die Schwarzarbeit gefördert worden.

## Draghi begibt sich in politisch vermintes Gebiet

Die Rentenreform Salvinis trug den Namen „Quote 100“. Dies bedeutet: Wenn die Summe aus Lebensalter und Beitragsjahren mindestens 100 beträgt, kann man mit geringen Einbußen beim Rentenbetrag in den vorzeitigen Ruhestand treten. In der Praxis lief dies meist auf eine Pensionierung mit 62 hinaus (in diesem Fall waren 38 Beitragsjahre erfor-



Mario Draghi und Luigi di Maio (rechts) von der Fünf-Sterne-Bewegung regieren gemeinsam.

derlich). Im Grunde handelte es sich bei Salvinis „Quote 100“ nicht um eine Reform, sondern um eine Konterreform: Die Regierung aus Lega und Fünf Sternen machte damit die Rentenreform der Regierung von Mario Monti aus dem Jahr 2012 rückgängig, bei der das Renteneintrittsalter in Italien auf 67 Jahre erhöht worden war – im Angesicht des drohenden Staatsbankrotts.

Salvini hatte für „Quote 100“ mit dem Argument geworben, dass für jede durch eine Frührentenreform frei werdende Stelle drei junge Arbeitnehmer:innen eingestellt würden. Für die meisten Unternehmen erwies sich „Quote 100“ jedoch als willkommene Gelegenheit für Stellenabbau und Rationalisierung.

Ministerpräsident Mario Draghi will dem Spuk nun ein

Ende bereiten: Die zunächst nur für drei Jahre beschlossene „Quote 100“, die Ende dieses Jahres ausläuft, werde nicht verlängert, kündigte der Premier an. Stattdessen soll das Renteneintrittsalter wieder schrittweise auf 67 Jahre angehoben werden.

Etwas weniger katastrophal präsentiert sich die Bilanz des Bürgergelds: Es konnte während der Pandemie zwar nicht verhindern, dass sich die Zahl der in Armut lebenden Italienerinnen und Italiener weiter erhöhte, aber es konnte den Anstieg bremsen. Draghi will das Instrument nicht abschaffen, sondern in einigen zentralen Punkten reformieren. Insbesondere soll der grassierende Missbrauch eingedämmt werden: Seit der Einführung sind über 130 000 Betrüger:innen entdeckt worden, die das Bürgergeld

kassierten, obwohl sie dazu gar kein Recht hatten. Außerdem soll die Unterstützung schneller gekürzt oder gestrichen werden, wenn Personen sich weigern, eine von einem Jobcenter angebotene Arbeitsstelle anzunehmen.

Mario Draghi begibt sich mit beiden Vorstößen in politisch vermintes Gebiet. Sowohl die Lega als auch die Fünf Sterne riskieren einen Gesichtsvorstoß. Der Premier hat aber bereits durchblicken lassen, dass er keine Rücksichten auf solche Befindlichkeiten innerhalb seiner weiten und heterogenen Koalition nehmen werde. Die Abschaffung beziehungsweise die radikale Reform der Projekte der einstigen Populistenregierung wird Draghi im Staatshaushalt anpacken, den seine Regierung in der laufenden Woche beschließen wird.

# Tritt gegen den Koalitionsfrieden

Der Ausschluss eines Podemos-Abgeordneten erschüttert Spaniens Linksregierung

VON MARTIN DAHMES

So schlimm war's nicht. Der Polizeibeamte musste sich nicht krankmelden, und einen Tag später spürte er schon nichts mehr. Aber ein Tritt ist ein Tritt und also ein Delikt, und der Delinquent sollte nicht straffrei ausgehen. Fast acht Jahre brauchte die spanische Justiz, um den Fall aufzuklären. Das Gericht verurteilte vor wenigen Tagen den Beklagten Alberto Rodriguez zu anderthalb Monaten Haft, einer Strafe, die es gegen Zahlung von 540 Euro aussetzte. Der Gerechtigkeit wäre Genüge getan – wenn Rodriguez nicht Abgeordneter des Parlaments wäre.

Wegen des Tritts gegen ein Polizistenknie am 25. Januar 2014 im Laufe einer Demonstration auf Teneriffa, dessen Urheber zu sein Rodriguez bestreitet, muss er nun seinen Abgeordnetensitz räumen. Was wiederum die spanische Regierungskoalition erschüttert. Selten war ein Tritt so schmerzhaft.

Rodriguez sitzt für das linke Wahlbündnis Unidas Podemos im spanischen Parlament, dem kleineren Partner der Koalitionsregierung unter Führung des Sozialisten Pedro Sánchez. Vor knapp zwei Jahren verbandelten sich Podemos und die sozialistische PSOE miteinander und haben sich seitdem recht wacker durch die Pandemie geschlagen. In den Umfragen stehen beide Parteien mäßig, aber auch nicht ganz schlecht da.

Fall fürs Verfassungsgericht

Vor allem haben sie es so weit geschafft, ein Bild grundsätzlicher Einigkeit abzugeben, was nicht unbedingt zu erwarten war: Sánchez misstraute Podemos und diese der PSOE, für sie ein Teil der alteingesessenen politischen Klasse, zu deren Sturz die Bewegung bei ihrer Gründung Anfang 2014 angetreten war. Weil die spanische Bevölkerung – bei aller Sympathie – für den großen Umbruch jedoch nicht zu haben war,

begnügte sich Podemos mit der Regierungsbeteiligung – und Sánchez ließ sich mangels Alternativen darauf ein.

Was Podemos aus seiner Anfangszeit bewahrt hat, ist die Lust, Kritik im großen Stil auszuteilen – auch wenn es gegen den Koalitionspartner geht: in diesem Fall gegen die sozialistische Parlamentspräsidentin Meritxell Batet, die meinte, auf das Urteil gegen Alberto Rodriguez nur mit dessen Ausschluss aus dem Parlament reagieren zu können. „Dahinter steckt die tiefste juristische und politische Reaktion“, sagte die Podemos-Ministerin Irene Montero. „Das ist ein Sturmangriff auf die Demokratie.“

Die Podemos-Generalsekretärin und ebenfalls Ministerin Ione Belarra twitterte „Rechtsbeugung.“ und wollte Batet deswegen vor Gericht bringen. Übers Wochenende beruhigte sich Podemos wieder etwas und wäre nun mit einem Rücktritt der Parlamentspräsidentin zufrieden – wenn auch ohne große Erfolgs-

aussichten. So oder so will Alberto Rodriguez mit seinem Fall vors Verfassungsgericht. Das Ziel: eine grundsätzliche Klärung, ob ein noch so kleines Delikt den Verlust eines Abgeordnetenmandats nach sich ziehen kann.

Weit tieferegehende Koalitionserschütterungen löst aber ein Streit um die gemeinsam geplante Arbeitsmarktreform aus: Die Arbeitsministerin Yolanda Diaz, zurzeit der größte Podemos-Star, wirft der sozialistischen Wirtschaftsministerin Nadia Calvino „Einnischung“ in ihre Kompetenzen vor, als handle es sich bei der Kabinettskollegium um eine feindliche Macht. Vielleicht ist das was dran. Diaz ist Kommunistin, Calvino Vertreterin des liberalen Flügels der PSOE. Sie werden sich einigen müssen. So hat es ihnen Ministerpräsident Sánchez aufgegeben. Er hat dabei auch Brüssel im Blick, wo man Spaniens kleinen Spätdemieboom nicht durch schlechte Gesetze gefährdet sehen möchte. Welche immer das wären.

# Draghi fa piazza pulita

## *Il premier italiano smonta due progetti centrali del precedente governo populista*

Due “regali elettorali” sono costati al già pesantemente indebitato stato italiano più di trenta miliardi di euro dalla loro entrata in vigore, e la tendenza è ancora in crescita: circa undici miliardi di euro sono stati spesi per la massiccia riduzione dell'età pensionabile, che l'allora ministro degli interni, il leader della Lega Matteo Salvini, ha fatto passare durante la breve era del governo populista. Altri 20 miliardi di euro sono stati spesi invece per il Reddito di Cittadinanza, che era stata una delle proposte centrali del Movimento Cinque Stelle.

Nonostante gli enormi costi entrambi i progetti non hanno mantenuto le promesse: l'abbassamento dell'età pensionabile non ha aumentato il tasso d'occupazione in Italia, ma l'ha ridotto. E il Reddito di Cittadinanza non ha affatto “abolito la povertà”, come sbandieravano i Grillini. Come l'abbassamento dell'età pensionabile, il Reddito di Cittadinanza non ha aiutato i disoccupati a trovare un nuovo lavoro. Al contrario, ha incoraggiato il lavoro in nero.

La riforma delle pensioni di Salvini prende il nome di “Quota 100”. Ciò significa che se la somma dell'età e degli anni di contribuzione è almeno 100 si può andare in pensione in anticipo con una piccola decurtazione dell'importo della pensione stessa. In pratica questo equivale di solito al pensionamento a 62 anni (nel qual caso sono richiesti 38 anni di contributi). In sostanza la “Quota 100” di Salvini non è stata una vera e propria riforma, ma piuttosto una contro-riforma: con il governo di Lega e Cinque Stelle c'è stato un ritorno alla situazione precedente la riforma delle pensioni del 2012 del governo di Mario Monti, che aveva portato l'età pensionabile a 67 anni per via dell'imminente rischio di default nazionale.

Salvini aveva promosso “Quota 100” sostenendo che per ogni posto di lavoro lasciato libero dai pensionamenti anticipati sarebbero stati assunti tre giovani lavoratori. Per la maggior parte delle aziende, tuttavia, “Quota 100” si è rivelata una gradita opportunità di ridimensionamento e razionalizzazione.

Ora il primo ministro Mario Draghi vuole porre una fine a questo incubo: la “Quota 100”, inizialmente proposta solo per tre anni con scadenza alla fine di quest'anno, non sarà prolungata, ha annunciato il premier. L'età pensionabile verrà invece gradualmente innalzata di nuovo a 67 anni.

Il bilancio del Reddito di Cittadinanza è un po' meno catastrofico: anche se non è riuscito ad impedire un ulteriore aumento del numero di italiani che vivono in povertà durante la pandemia, è riuscito almeno a rallentarlo. Draghi non vuole abolire questo strumento, ma riformarlo in alcuni punti centrali. In particolare vuole fermarne il dilagante abuso. Dalla sua introduzione sono stati scoperti infatti più di 130.000 truffatori che riscuotevano il Reddito di Cittadinanza pur senza averne il diritto. Inoltre il sostegno al reddito deve

essere ridotto o sospeso più rapidamente se le persone rifiutano di accettare un lavoro offerto da un centro per l'impiego.

Con entrambi i provvedimenti Mario Draghi sta entrando in un territorio politicamente minato. Sia la Lega che i Cinque Stelle rischiano di perderci la faccia. Ma il primo ministro ha già fatto sapere che non terrà conto di tali stati d'animo all'interno della sua ampia ed eterogenea coalizione. Affronterà l'abolizione o la riforma radicale dei progetti del precedente governo populista nella Legge di Bilancio dello Stato, che il suo governo delibererà questa settimana.